Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Karl-Rudolf Korte

Die Bundestagswahl 2013 als historischer Einschnitt im deutschen Parteienwettbewerb.

Eine Analyse von Karl-Rudolf Korte

23. September 2013

Redaktion
Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

Wissenschaftliche Koordination
Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

Sekretariat
Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)
Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift
Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 – 3179
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de
www.forschungsgruppe-regieren.de
www.politik.uni-duisburg-essen.de

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Die Bundestagswahl 2013 als historischer Einschnitt im deutschen Parteienwettbewerb.

Eine Analyse von Karl-Rudolf Korte[1]

Deutschland hat gewählt. Die Ergebnisse des 22. Septembers 2013 können als historischer Einschnitt im deutschen Parteienwettbewerb gewertet werden. Zehn Punkte verdeutlichen diesen Einschnitt:

1. Angela Merkel siegt in historischem Ausmaß.
Nur Adenauer und Kohl schafften es, in einer Bundestagswahl zum dritten Mal von einer Mehrheit wiedergewählt zu werden. Das hat historische Ausmaße, die noch dadurch besonders aufgeladen werden, dass sie die erste Kanzlerin sein wird, die drei Legislaturperioden in Folge mit jeweils anderen Koalitionspartnern eine Regierung bildet. Selbst wenn es erneut bei einer Großen Koalition regierungstechnisch enden sollte, ist dieses Format unvergleichbar mit dem von 2005. Dass Angela Merkel mit nur sehr wenigen Stimmen an der absoluten Mehrheit scheiterte, war die Überraschung des Tages. Dies gelang bislang nur Adenauer – im Jahr 1957.

2. Europa hat die Wahl entschieden.
Da sich keine der etablierten Parteien um eine ernsthafte an Gestaltungszielen ausgerichtete Europapolitik im Wahlkampf gekümmert hat, stiegen die Chancen der Alternative für Deutschland (AfD). Solange die Parteien der Mitte im traditionellen alt-bundesrepublikanischen Europadenken befangen sind, öffnen sich Themenspielräume für andere Parteien, die nicht grundsätzlich europafeindlich sind, aber weniger befangen im Hinblick auf Defizite der europäischen Integration argumentieren. Die ausgehöhlte institutionelle Architektur, das Demokratiedefizit, die zunehmende exekutive Entscheidungsfindung – all das hätten die etablierten Parteien thematisieren können, nicht nur Europa als Euro-Krise. Die Stimmen für die AfD – ob nun im Parlament oder nicht – fehlten dem Regierungslager. Ein anderer Europabezug ist ebenso ausschlaggebend: beim Euro haben Allparteien-Entscheidungen im Bundestag gezeigt, dass in der Krise alle zusammenhalten. Warum sollen die Wähler dann nicht gleich eine Große Koalition wählen? Europa hat auch mit dem Wahlklima zu tun: Wählen in Zeiten der Zufriedenheit, ist diesmal für die meisten Bundesbürger angesagt gewesen – gerade im Vergleich mit vielen anderen krisengeschüttelten Mitgliedsländern der EU. Und zu guter Letzt: Deutschland ist sichtbar die Zentralmacht Europas, von der geldpolitisch alles abhängt. Merkel dominiert allein schon durch ihre langjährige Präsenz.

[1] Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen und Direktor der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Regierungs-, Parteien- und Wahlforschung.

3. Ein halber Regierungswechsel, ein halber Machtwechsel lag in der Luft.
Die Popularität der Kanzlerin und die Unzufriedenheit mit der aktuellen schwarz-gelben Regierung produzierten eine ungare Stimmung, die richtungslos unentschieden daherkam. Es drängt sich die folgende Interpretation auf: Erstmals in der Geschichte der Bundestagswahlen haben die Bürger eine Große Koalition absichtsvoll ins Amt gewählt. Eine Anwältin der deutschen Steuergelder und einen Rebellen gegen die Banken.

4. Die Großen sind größer geworden.
Historisch zogen nur vier Parteien in den Bundestag ein (1980 kamen die Grünen zum traditionellen zweieinhalb Parteiensystem hinzu, 1994 die PDS): Union, SPD, Linke, Grüne. Die Großen sind diesmal größer geworden. Nach der Großen Koalition schrumpften die Volksparteien 2009 erwartungsgemäß und die Kleinen feierten Superlative; eine systematische Konsequenz, die nach Großen Koalitionen die Regel ist. Auffallend diesmal: Seit 2002 legen die Union und die SPD erstmals wieder in Prozentwerten zu. Die Selbstverzwergung der Volksparteien scheint gestoppt.

5. Das Parteiensystem ist asymmetrisch aufgeladen.
Das sogenannte bürgerliche Lager vertreten nur noch die Unionsparteien. Alle anderen drei Parteien im Bundestag sind deutlich kleiner und eher links von der Mitte positioniert. Diese linke Gruppierung hat rechnerisch die Mehrheit im Parlament. Doch das linke Lager bleibt bis zur kommenden Bundestagswahl 2017 defekt. Durch Wortbruch wird keine Kanzlerwahl zustande kommen. Das Parteiensystem zeigt sich vital, robust, belastbar. Neue Parteien haben sichtbar eine Chance. Alte Parteien gehen unter, wenn sie keine gesellschaftlichen Grundkonflikte mehr abbilden.

6. Der Wahlkampf war geprägt von einer Empörungsverweigerung der Deutschen.
Journalisten ereiferten sich über Trivialitäten und erreichten damit nur noch sich selbst. Selbstreferentiell verlief der mediale Wahlkampf. Die politische Öffentlichkeit war selten so gespalten wie diesmal. Die Medien beschäftigten sich mit dem Versuch, Skandale zu beflügeln. Das Publikum strömte zu den Veranstaltungen und diskutierte interessiert entlang der vielen Unterschiede zwischen den Parteien. Ein Klima der Zufriedenheit hat immer den Nachteil, dass politische Kontroversen eher gedämpft diskutiert werden. Die Berufsempörung der Journalisten hatte aber nichts mit der Empörung des Publikums zu tun. Es stimmt, dass kein Thema der Parteien wirklich lautstarke, emotionale oder intellektuelle Debatten provoziert hat. Aber das ist nicht identisch mit unterstellter Langeweile. Vielmehr ist eine mit sich selbst zufriedene Schlichtungsdemokratie pragmatisch aufgelegt. Der häufige Konsens ist dann auch oft intellektuelle Trägheit. Das ist der Preis der Zufriedenheit. Das ist deutsche Biedermeierlichkeit. Doch Unterschiede zwischen den Parteien und Lagern waren, wie z.B. der Duisburger Wahl Index (DWI) zeigte, in mehreren markanten Punkten vorhanden.

7. Die FDP hat ihre Funktion verloren.

Historische Dimensionen hatte die Wahl, weil seit 1949 die FDP nun erstmals nicht mehr im Bundestag vertreten ist. Eine Funktions- und Mehrheitsbeschafferpartei hat ihre Funktion verloren, wenn die Mehrheit eine Große Koalition will oder sich andere Optionen für die Kanzlerin zur Regierungsbildung auftun, wie z.B. mit Schwarz-Grün. Zudem blieb bis zum Schluss unklar, worin das inhaltliche Korrektiv einer FDP in erneuter Regierungsverantwortung bestehen könnte, um die Union zu disziplinieren oder zu ermuntern. Die Union ist normativ entkernt und der erklärungsarme Pragmatismus als Staatspartei steht immer in der Nähe jeder Meinungsumfrage. Da braucht man kein ordnungspolitisches Korrektiv. Eine deutliche Mehrheit der Wähler goutiert diese wendige Sachorientiertheit. Außerdem führt ein derartiger Führungsstil in einer Koalitionsregierung dazu, dass automatisch jeder Partner systematisch an politischer Schwindsucht leidet. So erging es erstmals der SPD und nun der FDP.

8. Persönliches Vertrauen als Schlüssel zur Koalitionsbildung.

Die Koalitionsbildung wird nicht zügig erfolgen, zumal die Union aus heutiger Sicht mit der FDP 2009 zu schnell einig wurde. Durchschnittlich dauern Regierungsbildungen im Bund rund 34 Tage. Die Große Koalition von 2005 benötigte 65 Tage. Auf Augenhöhe wird diesmal bestimmt nicht verhandelt, denn SPD und Union sind den Mandaten nach extrem ungleich. Andererseits braucht die Union eine Kanzlermehrheit, so dass eine win-win-Situation für alle drei Parteien bei den Koalitionsverhandlungen die Voraussetzungen einer Einigung ausmachen. Dabei kommt es auf die Logik des Vertrauens und weniger auf die Schnittmengen der Inhalte an. Kein markantes Projekt der letzten Jahre – weder Agenda 2010 noch Energiewende oder Aussetzung der Wehrpflicht – war in Koalitionsvereinbarungen schriftlich fixiert.

Vieles spricht dafür, dass aus dieser Logik des wechselseitigen persönlichen Vertrauens die Wahrscheinlichkeit weder gegen die Große noch gegen die Schwarz-Grüne Koalition spricht. Denn wenngleich Vertrauenseinbußen aus Richtung der Union gegenüber einigen Spitzen-Grünen in den letzten Monaten erkennbar waren, gelten nun neue Bedingungen. Die Parteispitze der Grünen ist in einigen Wochen komplett neu aufgestellt. Die Verhandlungen prägen neue und andere, was die Überwindung des Wahlkampfmodus beschleunigt. Da die SPD die Mitglieder befragen möchte, scheint eine Große Koalition unwahrscheinlicher als noch vor vier Wochen. Denn aus der Partizipationsforschung ist bekannt, das Mobilisierungen grundsätzlich immer einfacher sind, wenn gegen etwas gestimmt werden kann. Sollte die SPD den Mitgliedern eine Entscheidung für oder gegen die Große Koalition vorlegen, scheint eine Ablehnung erwartbar. Professionell, antizipierende Politik stellt sich frühzeitig darauf ein. Dialektik der SPD Führung ist im Moment gefordert!

9. Das Regieren mit dem Bundesrat wird für die Große Koalition schwer.

Das Regieren mit dem Bundesrat würde auch für eine Große Koalition schwer. Denn zwei Themen werden die nächsten vier Jahre bestimmen: Die Schuldenbremse und die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs auf Grund von Karlsruher Urteilen. Dabei ist die Differenzierung nach reichen und armen Ländern politisch viel wichtiger als die jeweiligen Parteifarben. Das spricht insofern auch nicht sofort aus machtpolitischen Optionen gegen eine Schwarz-Grüne Koalition.

Sie wäre sicher koalitionspolitisch im Bund avantgardistisch. Neue Konstellationen führen zu neuen Koalitionen – jedoch nie zeitgerecht. Es ist eher so, dass neue Koalitionen nachholend aktiv werden, wenn Zeitgeist und Problemkonstellation genau für diese Muster-Koalition längst vorbei sind. Das könnte man an Sozialliberal ebenso nachweisen wie an Schwarz-Gelb. Es würde auch für Schwarz-Grün gelten. Denn ökosoziale Grundthemen sind längst Mainstream. Nachhaltigkeit gehört ebenso zum allgemeinen Problembewusstsein wie viele Facetten einer traditionsbezogenen Unionsmoderne.

10. Die Europäisierung des Parteienwettbewerbs

Die Fast-Parlamentarisierung der AfD aus dem Stand heraus deutet auch eine weitere Europäisierung des deutschen Parteienwettbewerbs an. Denn überall sind europakritische Parteien in die Parlamente gewählt worden, mal populistisch, mal extremistisch. Die AfD ist vom Programm her nicht europakritisch, aber Euro-kritisch, was den Krisenmechanismus europäischer Problemlösungen aber im Kern mit betrifft.